

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

"Aus den Tannen" Fernsprecher
No. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Versteht wöchentlich 8 mal. Bezugspreis: monatlich 1,80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameweile 45 Goldpf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenschein Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 39

Altensteig, Donnerstag den 17. Februar

1927

Des Reichsfinanzministers Staatsrede

Der Reichshaushaltsplan für 1927

Berlin, 16. Febr.

Am Regierungstisch: Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Präsident Böde eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1927 in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Uebernahme der Finanzverwaltung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erhält sofort das Wort. Der Minister betont einleitend, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt und von der neuen Regierung unverändert übernommen worden sei. Das Haushaltsjahr 1926 schließt mit einem kleinen Ueberschuß ab. Das Steuermilberungsgesetz habe zweifellos für die Wirtschaft eine belebende Wirkung gehabt. Die herabgesetzte Umsatzsteuer sei um 130 Millionen Mark hinter dem im Etat eingerechneten Betrag zurückgeblieben! (Hört, hört!) Das Argument, daß eine Erhöhung der Steuersätze den Gesamttrag der Steuern steigern könnte, habe sich bei der Umsatzsteuer nicht bestätigt. Auch die als Wirkung der Herabsetzung erwartete Senkung der Preise sei nicht eingetreten. (Hört, hört!)

Der Minister geht dann auf den Haushaltsplan für 1927 näher ein und weist darauf hin, daß die angenommenen weitere Besserung unserer Wirtschaftslage in den Einnahmeseiten bereits sehr stark berücksichtigt sei. Riefenartig erhebt sich die gesteigerte Reparationslast, den ganzen inneren Etat unbedeutend beeinflussend. Der Minister erklärt, daß die Gleichgewichtslage im ordentlichen Etat nur scheinbar zu sein scheint. Das die Einnahmeseitigen von kurzem Wirtschaftsoptimismus getrieben sind, finde keine volle Zustimmung; aber größere in dem Etat nicht vorgezeichnete Ausgaben lauern im Hintergrund. So ist z. B. für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge über den 1. April hinaus nichts vorgegeben, wohl in der Annahme, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz weitere Beträge nicht notwendig mache. Kommt das Gesetz aber, was sehr wahrscheinlich ist, nicht rechtzeitig zum 1. April zustande, dann muß das Reich die unterstützende Erwerbslosenfürsorge weiter leisten, wofür monatlich etwa 40 Millionen Mark notwendig sind. Weiterhin steht eine Erhöhung der Wohnungskosten zur Erörterung, was eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter nach sich ziehen würde. Der Minister erklärt weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der Beamten und der Kriegsbekämpften die wiederholt gemachten Zusagen nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeit zu gegebener Zeit vollzogen werden müssen. Die Verbesserung der Befoldungsordnung sei eine dringende Staatsnotwendigkeit. Das System der einmaligen Beihilfen soll unbedingt verlassen werden. Es stehen aber noch keine Mittel zur Verfügung. Der Minister hebt die Notlage der Kleinrentner. Das für uns so harte Jahr 1927, so erklärt der Minister, trifft eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge ist. Die Belegung des Jahres 1926 hat sich bisher im wesentlichen noch behauptet; man darf aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Bergarbeiterstreik ausgehen, allmählich wieder normalen Verhältnissen Platz machen. Die Zahl der Erwerbslosen ist noch immer gefährlich hoch. Eine Wirtschaft mit 1,75 Millionen Erwerbslosen ist von der Gefährdung noch recht weit entfernt. Die Gesamtlasten erhöhen sich immer noch schmerzhaft, insbesondere für die Wirtschaft an der Peripherie des Reiches, die in weitem Umfange noch außerordentlich schwer zu kämpfen hat. Schließlich muß das ausländische Kapital auch verzinst und wieder einmal zurückgezahlt werden. Vor allem aber bedeuten die rasch wachsenden Reparationsleistungen einen Kräfteabzug, der nicht ohne Wirkung bleiben kann. Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordert in erster Linie eine überaus öffentliche Behandlung der Steuerquellen, keine fiskalische, sondern eine nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geführte Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsregierung ist entschlossen, ihre Politik durchaus nach diesen Leitgedanken einzurichten. Sie weiß, daß die Wirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umschließt, gesund nur, um Lasten tragen zu können. Der Minister lehnt eine Defizitpolitik ab. Die Wirtschaft habe durch die jetzige Regierungspolitik durchaus keine Schläge verloren. Die Reformgesetzgebung des Jahres 1925 auf dem Gebiete der Steuern müsse durchgeführt werden. Eine neue Beurlaubung der Wirtschaft dürfe nicht erfolgen. Was einzeln geschehen muß, so erklärt der Minister, ist eine wesentliche Vereinfachung der Gesetzgebung und des Verwaltungsapparates. In Interesse unserer Volkswirtschaft werde man darauf bedacht sein, neue Steuererlöse überhaupt zu vermeiden. Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben, und die Ausgaben einschränken. Unser letztes Ziel muß es sein, mit Steuererlösen fortzufahren. (Beifall.) Hier soll man mit den Verbrauchsabgaben beginnen, die den notwendigen Konsum befähigen. Der Minister erwähnt die Zuckerversteuerung und die Realsteuern, die zurzeit als die drückendsten gelten. Nicht mehr verschleppbar sind Maßnahmen zur Vereinfachung im Vollzug der Steuererlässe. Unsere Finanzbeamten sind in einem Maße überlastet, daß schnelle Abhilfe erforderlich

ist. Einige Vereinfachungen sollen daher sofort erfolgen. Es ist beabsichtigt, die das erste Mal vorzunehmende Bewertung wenigstens bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebe und der Grundstücke noch für ein weiteres Jahr gelten zu lassen und eine Neubewertung erst wieder im Jahre 1928 vorzunehmen. Eine entsprechende Vorlage wird dem Reichstag alsbald zugehen. Die große Anzahl der Zahlungsstermine soll beschränkt werden. Bei der Umsatzsteuer sollen nur vierteljährliche Voranmeldungen und Vorauszahlungen verlangt werden. Bei der Lohnsteuer soll statt der dreimaligen Zahlung im Monat eine zweimalige erfolgen. Trotz dieser Erleichterungen ist es zweifelhaft, ob sie schon genügen werden, um unsere Steuerbehörden in den Stand zu setzen, das Jahr 1927 zu überleben. Im gegenwärtigen Augenblick könne eine Verantwortung für eine gerechte und gleichmäßige Veranlagung nicht überall übernommen werden. Dabei ist die Möglichkeit einer gerechten Veranlagung wichtiger und ertragreicher, als manche neue Steuererlässe. Der Minister gebietet der Lässigkeit der Beamtenschaft, die das verflochtene Netz in altem Pflichtgefühl und mit Arbeitsfreudigkeit überstanden habe. Man müsse sich nun aber auch ihrer Not annehmen. (Beifall.) In gewissem Umfange sei eine Aufrechterhaltung der Beamtenpflicht erforderlich. Durch Einstellung von Anwärtern müsse der Verwaltung wieder neues Blut zugeführt werden. Der Minister erhebt Einspruch gegen die maßlosen Beschimpfungen und Verdächtigungen, die in der letzten Zeit gegenüber den Steuerbeamten ausgesprochen worden sind. Er habe die Beamtenpflicht angewiesen, auch gegenüber solchen Volksgenossen das äußerste Maß von Zurückhaltung zu üben.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler behandelt dann den Etat im einzelnen. An Steuern und Abgaben hat das Reich im laufenden Jahre 7,8 Milliarden aufzubringen, die Länder 1,2 Milliarden, die Gemeinden 2 Milliarden. Das ergibt die ungeheure Zahl von 11 Milliarden. Hier muß ein gründlicher Abbau eintreten. Eine Verminderung der Ausgaben muß erfolgen. Der Minister bespricht die Anleihebewirtschaftung, die zu Bedenken Anlaß gebe. 1926 hatten wir einen Anleihebedarf von 840 Millionen und 1927 von 528 Millionen. Die Gelder dienen in der Hauptsache der Belebung der Wirtschaft und der Arbeitsbeschaffung. Die Dinge dürfen uns aber nicht über den Kopf wachsen. Daß der Erfolg des Arbeitsbeschaffungsprogramms beschränkt ist, spricht an sich noch nicht gegen den Gedanken. Es muß aber erwogen werden, ob Erwerbslose nicht noch auf andere Weise beschäftigt werden können. Die Rentabilität der Kanalbauten ist sorgsam zu prüfen. Weitere Anleihen finden ihre Grenze an der Kreditwürdigkeit des Reiches. Der Minister bespricht die Kriegs- und Reparationslasten, die einen Jahresaufwand von 2 Milliarden ausmachen. Der Betrag für die eigentlichen Reparationszahlungen ist dieses Jahr um 350 Millionen gestiegen, derjenige für die Reichsbahnobligationen um 33 und für die Industrieobligationen um 90 Millionen. Wir müssen mit Sorge in die Zukunft sehen. Nach dem Dawes-Abkommen werden unsere Leistungen dieses Jahr um weitere 432 Millionen und 1929 darüber hinaus noch um weitere 290 Millionen steigen. Ich erkenne noch keine Möglichkeit, diese Beträge aufzubringen. (Hört, hört!) Deutschland wird alles tun, um seine Verpflichtungen loyal zu erfüllen, aber es müssen ihm auch die notwendigen Voraussetzungen gemacht werden. Notwendig ist eine Erhaltung der deutschen Wirtschaft, sonst können solche Milliardenlasten für Reparationszwecke nicht aufgebracht werden. Der Minister geht dann zur Personalpolitik über und stellt fest, daß neue Stellen nur aus zwingenden Gründen geschaffen werden können. Im Vergleich zu 1926 habe sich der planmäßige Beamtenkörper um 300 Stellen vermindert. Die Subventionenpolitik soll möglichst beschränkt werden. Ferner soll ausreichende Sicherung für das Reich gefordert werden. Eine Subventionierung einzelner notleidender Unternehmungen sei eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Die öffentliche Hand soll sich auch nicht wahllos in der Privatwirtschaft betätigen. Es könne nicht zugegeben werden, daß der Staat gleichsam zum Bankier der Wirtschaft erhoben werde. Der Minister bespricht dann die Einzelhaushalte. Er betont u. a. die Notwendigkeit einer verstärkten Pflege unserer kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland. Gerade in Zeiten materieller Not dürfen auch ideale Aufgaben nicht verkümmern. Wenn im letzten Jahre die öffentlichen Grenzgebiete durch Beihilfen unterstützt wurden, so sollen in diesem Jahre auch die übrigen Grenzgebiete berücksichtigt werden, denen die Grenzschließung des Versailler Vertrages Wunden geschlagen hat. Das besetzte Gebiet, das seit 6 schweren Jahren die Last der Besetzung getragen hat im Geiste der Opferwilligkeit und der Geduld, für den das deutsche Volk nie genug Dank sagen kann, hat Anspruch auf bessere Fürsorge. Dasselbe gilt für die Frankenschwäbener an der Saargrenze. Auch beim Deeresetz müßten Abstriche gemacht werden. Es ist selbstverständlich, daß sich die Gesamtausgaben im Rahmen der durch den Versailler Vertrag gesetzten Grenzen halten.

In der Aufwertungsfrage werde bei jeder Erörterung davon ausgegangen sein, daß an den Grundrissen der letzten Renelung festzuhalten ist. Vor einer Frage von ganz besonderer Schwere stehe die deutsche Regierung bei der Entscheidung darüber, was geschehen könne, um die Liquidationskosten nach Möglichkeit

auszugleichen. Eine hundertprozentige Abgeltung der Schäden würde viele Milliarden erfordern. Der Minister kommt dann auf die Höhe der Ausgaben des Reiches zu sprechen und bezeichnet diese Angelegenheit als eine staatspolitische Frage ersten Ranges. Es sei eine kaum übersehbare Belastung der verantwortlichen Leitung der Reichsfinanzen, wenn der Reichstag durch Herabsetzung der Einnahmen Ausgabenmängel decken wolle. Zum Schluß kommt der Minister zum Finanzausgleich. Die reichseigene Finanzverwaltung sei auch für die Zukunft durchaus erforderlich, aber innerhalb dieser Rahmen sollen die lebensfähigen Länder ein Eigenleben führen, wie es deutscher Art entspricht. Das ganze Problem der Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung muß in diesem Zusammenhang gelöst werden. Ein Teil der vorbereiteten Gesetzentwürfe werde noch im Laufe dieses Jahres dem Reichstag zugehen. Sehr zweifelhaft sei es, ob der endgültige Ausgleich schon zum 1. April 1928 erfolgen könne. In der Frage des vorläufigen Finanzausgleichs hält es der Minister für vertretbar, die Gesamtgarantie nicht nur auf 2,4 Milliarden, sondern noch auf höchstens 2,6 Milliarden zu erhöhen. Durch diese erhöhten Ueberweisungen werde verschiedenen Ländern und Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, überprozentige Realsteuern alsbald zu senken. In der Frage der Steuererleichterung werde man versuchen, mit den süddeutschen Ländern einen anderen Schlüssel zu finden. Wenn auch in den nächsten Jahren, so schließt der Minister, schwere und härteste Aufgaben zu lösen seien, wenn auch Jahre der Einschränkung voraussetze, so sei trotzdem kein Raum zu pessimistischer Auffassung vorhanden. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Herk (So.) betont, die Hoffnung auf eine wesentliche Erleichterung der Lage für die gesamte deutsche Wirtschaft habe sich nicht erfüllt. Der Redner betont, seine Partei wolle keine Defizit- und Panikwirtschaft, sondern die Lasten müßten durch eine Steuerpolitik aufgebracht werden. Nicht notwendig sei Sparmaßnahme in der öffentlichen Verwaltung. Einzelpartei könne werden besonders beim Deeres- und Marineetat. Die Sozialdemokratische Partei werde die Bestrebungen, dem Arbeitslosen die verbesserte Aufwertung zuteil werden zu lassen, unterstützen. Die Antikindigung auf eine Befoldungsreform sei zu begrüßen. Die Arbeitszeit sei auf 8 Stunden zu beschränken. Das Ueberstundenwesen sei zu beseitigen. Zum Schluß betonte der Redner, seine Partei habe kein Vertrauen zu schönen Worten. Das Ziel des Bürgerblocks sei Unterordnung, Knechtschaft und Hungerleiden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Oberholzer (Dn.) zieht eine Parallele zwischen der Tätigkeit des früheren Finanzministers Dr. Reinhold und dem Schließen. Herr Reinhold habe sein Amt mit ungefähr 900 Millionen Gesamtreserven angetreten. Er habe nur von den vom Finanzminister von Schlieben hinterlassenen Reserven gelebt. Die Steuerentlastungspolitik Dr. Reinholds sei verfehlt gewesen. Reinhold habe bei seinen Steuererleichterungen die nötige Vorsicht vermissen lassen. Jetzt stehe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen angesichts des Anwachsens der Dawes-Lasten und des Fehlens der früheren Reserven. Der Etat sehe für Erwerbslose überhaupt keine Ausgaben vor. Die Beamtenbefoldungsordnung darf nicht zu lange hinausgeschoben werden. Die unteren und mittleren Beamten müssen dabei vor allem berücksichtigt werden, aber auch die höheren Beamten dürfen diesmal nicht leer ausgehen. Die Hausinspektoren dürfe nicht zu einem dauernden Finanzierungsamt der Länder und Gemeinden werden. Die Senkung der Reichssteuern bleiben unwirksam, wenn nicht auch die Realsteuern der Länder und Gemeinden durch Reichsgesetz beschränkt werden. Jede grundsätzliche Änderung der Aufwertungsfrage lehnt der Redner ab. Er erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, dem Finanzminister bei der Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Lage zu helfen. (Beifall rechts.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Berlin, 17. Febr. Sämtliche Blätter können nicht umhin, dem neuen Finanzminister Dr. Köhler wegen der großen Sachlichkeit seiner gestrigen Ausführungen im Reichstag über das Finanzprogramm ein gutes Zeugnis auszustellen. Einigkeit besteht allerdings nicht in der Frage, wie sich das Finanzprogramm Dr. Köhlers zu dem seines Vorgänger Dr. Reinhold verhält. Während die deutschen nationalen Blätter von einem völligen Systemwechsel sprechen, ist die „Tägliche Rundschau“ der Ansicht, daß der neue Finanzminister im großen und ganzen den bisherigen Kurs weiter verfolgen zu wollen scheint.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Das Bild, das der Minister von der Wirtschaftslage und Finanzlage des Reiches zeichnete, war das Urteil über die Illusionspolitik seines Vorgängers, Dr. Reinhold, der das reiche Erbe von Schliebens verlor hat, ohne die erstrebten Ziele zu erreichen. Ähnlich urteilt die „Deutsche Tageszeitung“: Wir können uns nicht entziehen, daß jemals in der bisherigen Geschichte des neuen Deutschlands ein neuer Minister so deutlich von seinem Vorgänger und dessen Methoden abgerückt wäre, wie gestern Dr. Köhler von Dr. Reinhold. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt: Ein nüchternen Berichterstatter erklärt, daß die finanzielle Lage auf das äußerste gespannt ist. Geschenke kann er also nicht mehr vergeben. Im Gegenteil, er muß einige finanzpolitische Rätsel aufgeben, die er noch nicht verraten

Letzte Nachrichten.

Entscheidung des Zentralvorstandes des „Evangelischen Bundes“

Berlin, 17. Febr. Am 14. und 15. Februar 1927 war aus Anlaß der neuesten Vorgänge in der Leitung des „Evangelischen Bundes“ und besonders des Rücktritts des 1. Präsidenten Dähling von seinem Posten der erweiterte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes zusammengetreten. Es wurde einstimmig eine Entscheidung gefaßt, in der es heißt: Der erweiterte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes billigt uneingeschränkt das gesamte Verhalten des Präsidiums. Er betont mit allem Ernst, daß irgendwelche politischen oder kirchenpolitischen Absichten oder Rücksichten in der ganzen Frage keinerlei Rolle gespielt haben; er erklärt zugleich nachdrücklich, daß von irgendeiner Richtungsänderung im Evangelischen Bund oder von einer Umstellung in der Frage der konfessionellen Auseinandersetzungen keine Rede sein kann.

Ein früherer Separatistenführer zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt

Krefeld, 16. Febr. Das Schwurgericht verurteilte den früheren Separatistenführer und Ortskommandanten von Krefeld, Heinrich Krahe, wegen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, dauernde Aberkennung als Sachverständiger und Zeuge unter Eid vernommen zu werden und ferner zur

Tragung der Kosten des Verfahrens. Krahe, früher Polizeisekretär bei der Stadt Krefeld, war in der Separatistenzeit einer der Führer der Bewegung. In einem Prozeß gegen einen Separatisten, der wegen versuchten Totschlags angeklagt war, jagte Krahe unter Eid aus, er sei nur innerpolitisch tätig gewesen und habe mit den Banden nichts zu tun gehabt. Wegen dieser Aeußerung wurde er wegen Meineides angeklagt.

Blutiges Familiendrama in der Pfalz

Landstuhl, 16. Febr. In Altenkirchen durchschnitt der Gemeindefreiwärter Schöneberger seinem 3 Monate alten Kinde die Pulsadern und tötete dann seine Frau und sich selbst durch Revolvergeschüsse in die Schläfe. Das Ehepaar war sofort tot. Das Kind wurde schwer verletzt. Schöneberger hat die Bluttat im Einverständnis mit seiner Frau vollbracht. Das Motiv der Tat ist Furcht vor Strafe wegen Veruntreuungen, die sich Schöneberger hatte

Unbegründete polnische Wahlproteste

Beuthen, 16. Febr. Aus Rattowitz wird gemeldet: Die von polnischer Seite erhobenen Proteste gegen die Kommunalwahlen am 15. November 1926 in den ostoberschlesischen Gemeinden Koschzin, Cittkow, Koschlowitz, Neudorf und Hohenlohehütte, die eine überwiegende deutsche Mehrheit ergeben hatten, sind vom Rattowitzer Landrat als unbegründet zurückgewiesen worden, sodaß die deutschen Gemeindevertreter rechtsgültig gewählt sind.

Marshall Foch über die Entwaffnung Deutschlands

Paris, 16. Febr. Der Heeresauschuß der Kammer beschloß heute, möglichst bald die Plenarberatungen über den Bericht Paul Boncour's betr. die Organisation der Nationen im Kriegsfall und die Beratungen über den Gesetzentwurf betr. Neuorganisation des Heeres am 27. Februar zu beginnen. Darauf erstattete Marshall Foch Bericht über die Entwaffnung Deutschlands. Er nahm Bezug auf die Feststellung der Interalliierten Kontrollkommission und die Beratungen der Vorkonferenz, sowie die von Deutschland über die Offestellungen eingegangenen Verpflichtungen. Marshall Foch betonte, daß die deutsche Entwaffnung nunmehr effektiv sei, daß man für die Zukunft wachsam bleiben müsse.

Requisitionsrecht der italienischen Regierung auf Zivilflugzeuge

Rom, 16. Febr. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, demzufolge die Regierung ermächtigt wird, bei der Mobilmachung aller Zivilflugzeuge zu requirieren und sie als militärische Reservestützpunkte zu benutzen. Alle Hersteller und Besitzer von Zivilflugzeugen müssen daher in Friedenszeiten sich bestimmten Beschränkungen und Vorschriften unterwerfen, die eine Umwandlung der Zivilflugzeuge in Kriegsflugzeuge ermöglichen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Bekanntmachung

Am Montag und Dienstag, dem 21. und 22. d. M., findet auf dem Rathaus die diesjährige

Fortführungstagfahrt

des Bezirksamtsrats statt. Die Grund- und Gebäudeeigentümer werden darauf hingewiesen, daß etwaige Wünsche und Bedenken bezüglich der Vermessung und Katastrierung ihrer Grundstücke und Gebäude dem Fortführungsbeamten vorgetragen werden können.

Altensteig, den 16. Februar 1927.

Stadtschultheißenamt:
Witzenmaier.

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Ortsgruppe Altensteig

hält am Sonntag, den 20. Febr., abends 7 Uhr im Grünen Baum einen

Unterhaltungs-Abend

mit inhaltreichem Programm ab, u. a. das Volksschauspiel in 5 Akten

„DIE NOT DER ALTEN“

Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf.

Überseereisen



Regelmäßige Personen- und Frachtdienste nach Nordamerika, Mittelamerika, Südamerika, Ostasien, Australien und Afrika

Vergnügungs- und Erholungsreisen, wie Fjord- und Polarfahrten, Reisen um die Welt, Westindien-Reisen

Interessenten erhalten Auskünfte und Prospekte kostenlos durch die

Hamburg-Amerika Linie

HAMBURG 1 + ALSTERDAMM 25

und die Vertretungen an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.

Vertretung in

Nagold: Friedrich Schmid, Vorstadt 55.

Druckmaschinen jeder Art, liefert schnell
W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.

Grüner Baum Sichtspiele

„Tartuff“ mit Emil Jannings und Lil Dagover

Freitag abend 8.20 Uhr
Samstag abend 8.30 Uhr

Altensteig

1 Goldfasan

verkauft im Auftrag sehr preiswert

J. Wurster Nachf.

Altensteig

Lehrstelle

Einen geordneten, kräftigen Jungen nimmt in die Lehre

Karl Wallraff,
Schmiedemeister.

Hüten Sie sich vor Nieren- u. Blasenleiden. Jeder Einsichtige trinkt regelmäßig „Tee Phasco“ zur dauernden Gesunderhaltung der lebenswichtigen Organe. Löwendrogerie Herren, Altensteig.

Inserate

haben jederzeit besten Erfolg

Kriegerverein Berned

veranstaltet am Sonntag, den 20. ds. Mts. abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus zum „Baldhorn“ einen

Lichtbildervortrag

Thema: Die Sommerschlacht und die Tankschlacht.
Eintritt frei. Vorstand Weik.



Bevor Sie eine Schreibmaschine kaufen

besichtigen Sie die in der

W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig zur Besichtigung aufgestellten Muster-Schreibmaschinen kleines und großes Modell.

M. Forstani Nagold. Nadelstamm- holz-Verkauf.

im schriftlichen Aufstreich. Am Montag, den 28. Febr. 1927, nachm. 2 Uhr in Nagold auf dem Geschäftszimmer des Forstamts aus Staatswald Brunnenhöhle, Hörnle, Schloßberg, Stausen, Brand: 274 Fz, 169 La mit Fm. Langh.: 14 I., 46 II., 88 III., 71 IV., 52 V., 5 VI. Kl. (darunter 1 Los ausgesuchte Spandrahnanlagegest.) Sägh.: 7 I., 6 II., 7 III. Kl.; 64 Fz mit Fm. Langh.: 1 III., 3 IV., 5 V. Kl. Sägh.: 4 II., 13 III. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsvordruck von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Hemdenflanelle

gestreift, corriert und einfarbig sowie

Sportflanelle

empfehlen zu billigsten Preisen

Jakob Hanselmann
Simmersfeld.



Feinkostmargarine
Blauband
frisch gekirnt
1/2 Pfund 50 Pfg.

Gemeinde Spielberg.

Langholz-Verkauf

Am Samstag, den 19. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr verkauft die Gemeinde im Rathaus im mündlichen Aufstreich zirkel

125 Fstn. Langholz

I. bis VI. Klasse in 6 Losen
Abfuhr günstig. Zahlungsbedingungen ebenfalls günstig. Kaufliebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Altensteig.

Dankagung.



Allen denen, die mir während der Krankheit und beim Hinscheiden meiner lieben Gattin

Creszenzia Maier

mit Trost und Rat beigestanden, sowie für die tröstenden Worte des Herrn Prediger Wötter, für den erhabenden Gesang, dem Posaunenchor, sowie für die vielen Kranzspenden und für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte von nah und fern, sagt herzlich Dank

der tieftrauernde Gatte:
Hermann Maier.

